

## LEITARTIKEL

Die Bevölkerung in Corona-Zeiten

# Ohnmacht als Alarmsignal

Von Thomas Fricker



Erst kommt Corona, dann Corona – und dann lange nichts. Es verwundert nicht, dass die Prioritäten der Bürgerinnen und Bürger im Südwesten eindeutig sind – inmitten einer Jahrhundert-Pandemie erscheint das nur logisch. Erstaunlich ist schon eher, dass eine Mehrheit dem Krisenmanagement des Landes weiterhin gute bis sehr gute Noten gibt, wie aus dem jüngsten BaWü-Check hervorgeht. Der Schluss liegt nahe: Die Bevölkerung erweist sich als geduldiger und vernünftiger, als es die laute Schar der Kritiker vermuten lässt. Vor allem scheinen viele Menschen weiterhin Verständnis dafür aufzubringen, dass auch die Regierenden als Pandemie-Bekämpfer Novizen sind, dass sie manchmal im Nebel stochern oder gar ratlos wirken. So merkwürdig es klingen mag: Dies ist ein gutes Zeichen. Hier zeigen sich gesellschaftliche Stabilität und demokratische Reife.

Wie lange die Besonnenheit noch anhält, ist allerdings ungewiss. Dies belegt die Umfrage der baden-württembergischen Zeitun-

gen ebenfalls. Nur noch eine Minderheit fühlt sich in der Krise hinreichend wahrgenommen und glaubt, Kritik und Anregungen bei Bedarf an der richtigen Stelle loszuwerden. Die Hälfte der Befragten fühlt sich ohnmächtig. Noch schlimmer ergeht es denen, die mit dem Umgang mit der Pandemie unzufrieden sind. Von denen wähen sich drei Viertel allein gelassen und damit hilflos. Ein Alarmsignal ohnegleichen.

Die Belastbarkeit der Menschen nähert sich offenbar einer Grenze, und die aktuell größten Schwachpunkte staatlichen Handelns werden präzise erkannt. Defizite bei der Digitalisierung der Schulen, der Auszahlung von Wirtschaftshilfen und bei der Organisation von Impfterminen quälen die Bürger am meisten, wobei bezeichnend ist, dass sich hier die Zuständigkeit von Bund und Ländern mischt. Anscheinend sind föderal getrennte Ebenen für die Bürger zweitrangig. Sie möchten, dass „der Staat“ funk-

tioniert. Was zu den originären Landesaufgaben zählt, bleibt für viele ohnehin nebulös. Landespolitik als eine wesentliche Säule im föderalen Republikaufbau hat ein Vermittlungs- und damit letztlich Legitimationsproblem.

Unabhängig von Krise und Landtagswahl stellt sich die Frage: Wie können die politischen Akteure aller Parteien die Bürgerinnen und Bürger wieder stärker von der föderalen Ordnung und von der Sinnhaftigkeit ihres Tuns überzeugen? Wenn viele Menschen sich gar kein Urteil über die Arbeit von Landesregierung und Opposition zutrauen, weil ihnen diese Arbeit schlicht unbekannt ist, mögen Politiker über Desinteresse des Wahlvolks nörgeln. Womöglich haben sie es sich aber auch einfach bequem gemacht und Engagement weder eingefordert noch gefördert – aktive Bürger können auch mal lästig wirken.

Wo die Bevölkerung Anteil nimmt, bezieht sie auch klar Position. In Baden-Württemberg bringt das besonders Susanne Eisenmann in die Breddouille. Noch immer ist die

Christdemokratin nur für 63 Prozent der Befragten ein Begriff – wer Ministerpräsidentin werden will, hat damit ein ernstes Problem. Noch deprimierender für Eisenmann ist aber, dass von denen, die sie kennen, fast 70 Prozent keine gute Meinung von ihr haben. Das Amt der Kultusministerin hängt Eisenmann wie ein Mühlstein um den Hals. Ihre Strategie, den Amtsinhaber in einen Wettlauf um Schulöffnungen zu drängen, hat Winfried Kretschmann zwar nervös gemacht, jedoch offenbar weder Eltern noch Lehrkräfte inhaltlich überzeugt. Wenn nicht noch völlig Unerwartetes passiert, dürfte die Wahl für Eisenmann schlecht ausgehen.

Die Prognose sei gewagt: Was für die CDU bitter würde, wäre den Bewohnern im Südwesten herzlich gleichgültig. Sie erwarten von der nächsten Regierung, wer auch immer sie bildet, vor allem eines: Wege aus der Corona-Krise.

► fricker@badische-zeitung.de



ZEICHNUNG: STUTTMANN

# Genuss braucht Perspektive

Die Gastronomie ist bei den Öffnungsschritten aus dem Lockdown mal wieder übergangen worden

Von Dominik Bloedner

Dass in Zeiten, in denen Restaurants geschlossen sind, der Gourmetführer Guide Michelin seine Auszeichnungen vergibt, mutet fast schon surreal an. Zugleich ist dies ein Versprechen auf eine bessere, genussvollere Zukunft – auch abseits der Sterneküche. Doch bis dahin ist es noch weit. Und die leidgeprüfte Branche beklagt zurecht, dass ihr die Politik kaum Perspektiven aufzeigt.

Gutes Essen, guten Wein und guten Service wertzuschätzen, das gehört zum Selbstverständnis vieler Menschen in Baden-Württemberg, das etwas abgeduldetes Attribut vom „Genießerlände“ spricht Bände. Wie jedes Jahr ist der Südwesten auch in der aktuellen Ausgabe des Guide Michelin stark vertreten, mit zwei Drei-Sterne-Restaurants, neun Zwei-Sterne-Restaurants und 62 mit einem Stern. Neben diesen herausragenden Häusern in der Spitze gibt es hierzulande auch in

der Breite unzählige äußerst gute Wirte, Köchinnen, Gastgeber. Doch wie und vor allem wann können und dürfen sie ihrem Beruf wieder wie gewohnt nachgehen?

Dass die Beschlüsse der Bund-Länder-Konferenz vom Mittwoch für Gastronominnen und Hoteliers enttäuschend sind, ist nachvollziehbar: Die Außenbewirtung, die ohnehin nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist und die auch nicht jeder Wirt anbieten kann, darf frühestens am 22. März öffnen, immer abhängig vom Infektionsgeschehen. Und erst am gleichen Tag soll überhaupt entschieden werden, wie es mit der Gastronomie und Hotellerie weitergeht. Für eine Branche, die planen muss und entsprechend Vorlauf braucht, ist dies unbefriedigend. Zumal sie, mit Recht, auf gut umgesetzte Hygienekonzepte in der Zeit zwischen erstem und zweitem Lockdown verweisen kann.

Sicher, dass Wirtinnen und Hotelbesitzer in der Reihenfolge bei möglichen Öffnungsschritten mal wieder hintenanstehen, ist nicht gerecht. Warum Baumärkte, warum Zoos, warum Buchläden zuerst?

Das verstehe, wer will. Jedoch sollte man bei allem Verständnis für die Sorgen der Gastronomie im Hinterkopf behalten: So etwas wie Gerechtigkeit kann es beim zaghaften Weg aus dem Lockdown nun mal nicht geben. Gerecht wäre, alles auf einmal zu öffnen. Aber dies wäre in Sachen Infektionsschutz unverantwortlich.

Es bleibt zu hoffen, dass bei den nächsten Beratungen in Berlin die Gastronomie nicht erneut übergangen wird. Die Branche, die sich seit einem Jahr flexibel und innovativ dem Coronavirus stellt, braucht endlich eine Perspektive. Zugleich ist auch sie in der Pflicht, ihre Konzepte anzupassen. Schnelltests vor Ort, Impfnachweise für Gäste, Buchungen vorab auch in der Außengastronomie – all dies könnten Lösungen sein. An die Politik: Es geht nicht nur um Partikularinteressen eines Berufszweiges, es geht um unser aller Wohlbefinden. Das Virus wird im Sommer noch am Tisch sitzen. Wir müssen damit umgehen. Aber wir sollten uns von ihm nicht den Appetit verderben lassen.

► bloedner@badische-zeitung.de

# Die Digitalisierung muss kein Schreckgespenst sein

BZ-GASTBEITRAG: Hannah Bast plädiert für Einfachheit und Pragmatismus / Datenschutz ist Herausforderung, kein Hinderungsgrund

Das Thema Digitalisierung ist in aller Munde, aber es dominiert ein auffallend negativer Ton gepaart mit Angst. Dass wir es im Land so lange haben liegen lassen, macht es nicht besser. Wir kennen das alle von uns selber: So etwas wird dann im Geiste immer noch größer und der Anfang wird immer schwieriger. Wenn man endlich mal loslegt, merkt man: ist ja doch ganz interessant und hätte ich doch mal früher damit angefangen. Ich sehe vier Ursachen für diese Aufschieberei:

Die öffentliche Debatte ist erstens oft bestimmt von Grenzproblemen: Sorgen über Computer, die über unsere Köpfe hinweg Entscheidungen treffen und womöglich irgendwann die Weltherrschaft an sich reißen oder selbstfahrende Autos, die vielleicht doch nicht in allen Situationen so gut entscheiden können wie Menschen. Das sind, bis auf die Weltherrschaft, durchaus berechtigte Sorgen. Aber im Alltag geht es meist um viel banalere Probleme. Zum Beispiel, ob ich an drei Dienststellen drei verschiedene Formulare, händisch ausgefüllt, postalisch verschicken muss, oder denselben Vorgang elektronisch per Knopfdruck erledigen kann. Derart unständliche Prozesse kosten uns alle un-

endlich viel Zeit und Nerven und an solchen Stellen ist Digitalisierung, richtig umgesetzt, einfach nur ein Segen.

Viele Projekte werden zweitens jahrelang am grünen Tisch diskutiert, mit dem Ziel einer möglichst umfassenden Lösung, die allen Anforderungen perfekt gerecht wird. Gerade der Fortschritt in der digitalen Welt lebt aber davon, klein anzufangen und dann Stück für Stück nachzubessern. Der erste Schritt ist oft, die Daten überhaupt erst einmal elektronisch zu erfassen. Als nächstes, dies in einem möglichst einheitlich strukturierten und nicht proprietären Format zu tun. Liegen erst einmal größere Datenmengen in einem solchen Format vor, sind erstaunliche Sachen in kurzer Zeit möglich. Eine Information oder eine Statistik, mit der früher ein ganzes Team tagelang beschäftigt war, ist dann plötzlich auf Knopfdruck verfügbar. Es wird beim Thema Digitalisierung oft argumentiert, dass das Geld oder die Zeit zur Umsetzung fehlen. Tatsächlich hat eine intelligent eingeführte Digitalisierung das Potenzial, schnell viel Zeit und Geld einzusparen.

Drittens kann kein einzelner Mensch mal eben ein neues Auto entwickeln und auf den Markt bringen. In der digitalen

Welt ist es aber geradezu typisch, dass wenige Menschen ein neues Produkt entwickeln, das dann von sehr vielen Menschen benutzt wird. In der Tat haben Tech-Giganten wie Google oder Facebook genau so angefangen. Voraussetzung dafür ist eine Kultur, die sich dafür einsetzt, solche Entwicklungen zu ermöglichen.

Selbstverständlich gilt es dabei, Aspekte der Sicherheit und des Datenschutzes zu berücksichtigen. Aber das ist kein Entweder-Oder: Informatikerinnen lieben die Herausforderung und es gibt keinen Grund, warum sich diese Aspekte nicht mit den technischen Anforderungen vereinbaren lassen sollten. Voraussetzung ist natürlich eine vernünftige Abwägung und kein einseitiges Beharren.

Entscheidend wichtig auf dem Weg in die digitale Welt sind viertens einfache Benutzerschnittstellen, die für Menschen gemacht sind anstatt umgekehrt. Es gibt nichts Schlimmeres als vom Prinzip her einfache Anwendungen, die so umständlich sind, dass sie jeden abschrecken, der oder die sie benutzt. Auch hier sind uns die amerikanischen Unternehmen weit voraus. Zoom ist unter anderem deswegen in kürzester Zeit zum Marktführer geworden, weil es auf fast allen Endgeräten auf Anhieb gut funktioniert hat, ohne dass man erst fünf Geheimeinstellungen kennen muss. Es ist erstaunlich, wie oft die-

sem Aspekt nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Ich bin davon überzeugt, dass es uns in Deutschland nicht an schlaun Köpfen mangelt. Aber die Prioritätensetzung stimmt bei uns nicht und klappt in anderen Ländern besser. Eine wichtige Rolle scheint mir dabei die übliche Zusammensetzung von Entscheidungsgremien zu spielen. Dort sollten mehr Personen sitzen, für die Digitalisierung kein Fremdwort, sondern eine Selbstverständlichkeit ist, gerne auch mit einer technischen Ausbildung. Es wird viel über Diversität in Bezug auf Männer und Frauen diskutiert und zurecht darauf hingewiesen, wie wichtig dies für zukunftsweisende Entscheidungen ist. Diversität im politischen Betrieb in Bezug auf die Erfahrung mit Technik halte ich für ebenso wichtig. Hier haben wir gerade in Deutschland großen Nachholbedarf.



Hannah Bast ist Professorin im Fach Informatik an der Universität Freiburg. Sie war Dekanin der Technischen Fakultät und Mitglied der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zum Thema Künstliche Intelligenz.

## PRESSESTIMMEN

## Eine Mahnung

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ zum Minus bei der Lufthansa: „Eigene Hausaufgaben – dazu zählen auch Testkonzepte – hat das Management in größerem Umfang erledigt als manche Politiker. Die Lufthansa-Zahlen taugen als Mahnung. (...) Staaten in Südeuropa, die stark vom Tourismus abhängen, werden auch nicht schweigen, wenn sie durch Regularien (...) ums Geschäft gebracht werden. Von Lufthansa geht das Signal aus, dass Bund und Länder als Nächstes (...) über die Reisewirtschaft sprechen sollten.“

## Andere brauchen Hilfe

Die „Neue Osnabrücker Zeitung“ findet zum gleichen Thema: „Wieder mehr als eine Million Langzeitarbeitslose, eine halbe Million Menschen zusätzlich ohne Job und Millionen von Kurzarbeitern: Schon der Blick auf den Arbeitsmarkt ist erschreckend. Und Konzernbilanzen wie die der Lufthansa machen vollends klar: Sehr viele Unternehmen und Beschäftigte kommen alles andere als gut durch diese schlechte Zeit. Während sich die Lufthansa (...) aus einem reich gefüllten Finanztopf bedienen kann, warten viele andere, etwa Soloselbstständige, immer noch auf ausreichende Hilfe.“